Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1,
Louis Lösche,
Katharinenstr. 23 part. u. Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 19,750.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut uns. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 166. Mittwoch den 15. Juni 1887. 81. Jahrgang

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung,
die Rückzahlung, beziehentlich Convertirung 4% Leipziger Stadtanleihen betr.

Mit Genehmigung der Königlichen Ministerien des Innern und der Finanzen und unter Zustimmung der Stadtverordneten **kündigen** wir hiermit die noch nicht getilgten und noch nicht zur Rückzahlung ausgeloosten Beträge der von der Stadt Leipzig in den Jahren 1850, 1856 und 1864 aufgenommenen 4% Anleihen für

31. December 1887,

und fordern die Inhaber der betreffenden Schuldscheine auf, den Betrag derselben am gedachten Tage — mit welchem auch die Verzinsung aufhört — bei unserer Stadtcasse (Rathhaus, 1. Etage Nr. 3) gegen Rückgabe der Schuldscheine, der dazu gehörigen Zinsleisten und der noch nicht fälligen Zinsscheine in Empfang zu nehmen.

Zugleich aber bieten wir, in Folge Vereinbarung mit hiesigen Bankhäusern, den Inhabern der Schuldscheine Gelegenheit, dieselben gegen Schuldscheine der neuen 3½% Leipziger Stadtanleihe vom 12. Januar 1887 umzutauschen, in welchem Falle ihnen — unbeschadet des Zinsengenusses zu 4% p. a. bis 31. December a. c. — eine Convertirungsprämie gewährt wird.

Wegen der näheren Bedingungen der Convertirung verweisen wir auf die sub ⊙ nachstehende Veröffentlichung.

Leipzig, den 11. Juni 1887.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Heutschel.

⊙

Die in vorstehender Bekanntmachung bezeichneten Bankhäuser, nämlich:

die Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt,
die Leipziger Bank,
die Leipziger Disconto-Gesellschaft,
die hiesige Filiale der Sächsischen Bank zu Dresden,
die Firma Becker & Co.,
die Firma Frege & Co.,
die Firma Hammer & Schmidt,
die Firma H. C. Plaut,

bieten den Inhabern von Schuldscheinen der gekündigten 4% Leipziger Stadtanleihen vom Jahre 1850, 1856 und 1864, soweit dieselben nicht ausgeloost oder im Aufgebotsverfahren begriffen sind, den Umtausch dieser Schuldscheine gegen solche der 3½% Leipziger Stadtanleihe vom 12. Januar 1887 unter folgenden Bedingungen an:

1) Diejenigen Schuldscheininhaber, welche auf die Convertirung eingehen, haben ihre Schuldscheine nebst dazu gehörigen Zinsleisten und den Zinsscheinen per 30. Juni 1888 flgde. bis zum

25. Juli 1887 6 Uhr Nachmittags

bei einem der obengenannten Bankhäuser oder bei einer der nachbenannten Stellen, nämlich:

bei der Sächsischen Bank
bei der Filiale der Allgemeinen Deutschen Credit-Anstalt } **zu Dresden,**
bei der Filiale der Leipziger Bank

mit doppelten, nach den Jahren der Herausgabung der einzelnen gekündigten Anleihen und arithmetisch geordneten Verzeichnissen, deren Formulare bei den Annahmestellen in Empfang zu nehmen sind, einzureichen.

2) Den betreffenden Schuldscheininhabern wird — unbeschadet des Zinsengenusses zu 4% p. a. bis 31. December a. c. — eine Convertirungsprämie von 1% gewährt und sofort bei Einreichung der gekündigten Schuldscheine baar ausgezahlt.

3) Die eingereichten Zinsleisten und Zinsscheine bleiben in Verwahrung der Umtauschstelle. Dagegen werden die eingereichten Schuldscheine sogleich durch Aufdruck eines Stempels convertirt und den Einreichern einstweilen wieder ausgehändigt.

4) Die im Umtauschwege zu gewährenden 3½% Leipziger Stadtschuldscheine v. J. 1887 nebst dazu gehörigen Zinsleisten und den Zinsscheinen per 30. Juni 1888 flgde. werden — jedoch nur bei den Umtauschstellen in Leipzig — spätestens im Laufe des Monats October 1887 an die Präsentanten der abgestempelten 4% Stadtschuldscheine gegen deren Rückgabe verabfolgt. Zu dem Umtausch wird durch besondere Bekanntmachung aufgefordert werden.

Bekanntmachung.

Nachdem die Verkaufsstellen für Sparmarken der mit der hiesigen Sparcasse verbundenen Pfennig-Sparcasse seit dem Entstehen dieser Einrichtung im Jahre 1882 mehrfach verlegt, resp. in andere Hände übergegangen sind, so bringen wir die jetzigen Verkaufsstellen nachstehend zur Kenntniß.

Leipzig, den 9. Juni 1887.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Heutschel.

Sparmarken-Verkaufsstellen.

I. Innere Stadt:

J. G. Mylius, Markt Nr. 13,
Bernh. Rademann, Reichsstraße Nr. 11,
Otto Meißner & Co., Nicolaistraße Nr. 3,
C. G. Marx & Co., Brühl Nr. 1,
Bernh. Berner, Universitätsstraße Nr. 26,
George Roth jr., Neumarkt Nr. 1,
F. G. Apitzsch, Petersstraße Nr. 41,
A. Riedlich, Burgstraße Nr. 10,
Hermann Naumann, Kleine Fleischergasse Nr. 5,
G. Behrend, Plauensche Straße Nr. 9,
Julius Weydlinn, Barfußgäßchen Nr. 8,
Theodor Hoch Nachf., Hallesche Straße Nr. 7.

II. Süd-Vorstadt:

Paul Goetze, Peterssteinweg Nr. 10,
Julius Hoffmann, Peterssteinweg Nr. 3,
Friedrich Bernick, Südstraße Nr. 8,
Louis Plau, Zeitzer Straße Nr. 25,
Valentin Tamm, Königsplatz Nr. 7,
Gebrüder Spillner, Windmühlenstraße Nr. 37,
C. Friedrich Hertig, Brandvorwerkstraße Nr. 20,
Moritz Aßmann, Eisenstraße Nr. 23,
J. G. Wagner, Albertstraße Nr. 52,
J. G. Teubicke, Albertstraße Nr. 7,
Eduard Otto Kittel, Arndtstraße Nr. 35.

III. Ost-Vorstadt:

Ferdinand Döbler, Täubchenweg Nr. 11,
Otto Kutschbach, Nürnberger Straße 2, Grimmaischer Steinweg 28,
Glitz & Co., Sternwartenstraße Nr. 14,
Max Berthold, Sternwartenstraße Nr. 41,
Ferdinand Zinsch, Augustusplatz Nr. 2,
Julius Fink, Grimmaischer Steinweg und Querstraße Nr. 1,
O. F. Reimund, Grimmaischer Steinweg Nr. 11,
Bernhard Wagner, Schützenstraße Nr. 8,
Bernhard Peischel, Schützenstraße Nr. 1,
W. B. Grünthal, Lauchaer Straße Nr. 23,
G. L. Beirig, Gellertstraße Nr. 7.

IV. Nord-Vorstadt:

Hugo Dietrich, Eberhardstraße Nr. 6,
Ludwig Dörffel, Gutritzscher Straße Nr. 2,
Franz Stickel, Gerberstraße Nr. 12,
Franz Köhler, Gerberstraße Nr. 11.

V. West-Vorstadt:

Friedrich Kitze Nachf., Ranstädter Steinweg Nr. 2,
F. A. Schiller, Ranstädter Steinweg Nr. 33,
Otto Franz, Frankfurter- und Thomasiusstraße Nr. 11,
Fr. Sennewald, Frankfurter Straße Nr. 31,
C. Heinrich Unruh, Weststraße Nr. 33,
Hermann Knaur, Colonnadenstraße Nr. 8,
Otto Kühn, Plagwitzer Straße Nr. 33,
Heinrich Schädling, Sebastian Bachstraße Nr. 12/14,
Hermann Arlheim, Waldstraße Nr. 28,
Friedrich Kind jun., An der Pleiße Nr. 1.

Bekanntmachung.

Durch Aufrückung der Geistlichen an der hiesigen Peterskirche wird das zweite Diaconat frei. Diese Stelle ist ausgestattet mit einem jährlichen Einkommen von 3600—1200 ℳ und ⅓ desselben als Wohnungsentschädigung dergestalt, daß der Inhaber mit dem niedrigsten Satze beginnt und von 3 zu 3 Jahren eine Erhöhung um 200 ℳ erhält, bis er den genannten höchsten Satz erreicht hat.

Bewerber um diese Stelle werden aufgefordert, ihre Gesuche nebst Zeugnissen bis zum

20. Juni lfd. Js.

bei uns einzureichen.

Leipzig, den 18. Mai 1887.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Ia. 2685/636. Dr. Georgi. Cichorius.

Bekanntmachung.

Wegen vorzunehmender Asphaltirung wird das **Salzgäßchen** von Mittwoch den 15. d. Mts. ab auf die Dauer dieser Arbeiten **für allen unbefugten Fahrverkehr gesperrt.**

Leipzig, den 13. Juni 1887.

Der Rath der Stadt Leipzig.
IX. 4066. Dr. Georgi. Wilisch, Ass.

Bekanntmachung.

Die Anstreicher- und Malerarbeiten für den Neubau der 9. Bezirksschule sollen vergeben werden. Die Anschlagsformulare und Bedingungen sind bei Herrn Hofbaumeister Brückwald, Nürnberger Straße Nr. 44, zu erhalten.

Die Gebote sind bis zum 22. Juni Nachmittags 5 Uhr versiegelt und mit der Aufschrift „9. Bezirksschule" auf dem Bauamte Zimmer Nr. 9 in dem 2. Stock des Rathhauses abzugeben.

Ueber Vergebung der Arbeiten behält sich der Rath die völlig freie Entschließung vor.

Leipzig, am 10. Juni 1887.

Die Baudeputation des Raths.

Städtische Sparcasse

beleiht Werthpapiere unter **günstigen** Bedingungen.

Leipzig, den 20. Januar 1887.

Die Sparcassen-Deputation.

Nichtamtlicher Theil.

Die zweite Berathung der Branntweinsteuervorlage.

Die Montagssitzung des Reichstages war sehr lehrreich zur Erkenntniß der Stellung, welche die deutschfreisinnige Partei in der gegenwärtigen Entwickelungsphase unseres Verfassungslebens einnimmt. Die Rede des Abgeordneten Rickert gegen die Branntweinsteuer war ein Muster derjenigen Reden, welche für gedankenlose Hörer und Leser berechnet sind. Sie war reich an Schlagworten, enthielt wuchtige Angriffe gegen die Regierungen und die auf ihrer Seite stehenden Parteien und stellte die letzteren als grundsatzlose Gruppen dar, welche jedem Windhauch nachgeben, statt das Wohl des Ganzen im Auge zu behalten. Besonders wirksam aber pflegt die Anklage zu sein, daß die Regierungen die Unbemittelten auf Kosten der Wohlhabenden bedrücken wollen, und ferner die, daß die Regierungen sich nur Geld bewilligen lassen, um damit nach Belieben zu schalten, aber nicht, um bestimmte Bedürfnisse damit zu decken. Die Rickert'sche Rede war so recht eigentlich für eine Wahlversammlung bestimmt, in welcher die Parteigenossen schon in erregter Stimmung erscheinen und jede Phrase, welche mit Sicherheit gegen die Regierung oder gegen die Nationalliberalen geschleudert wird, mit Beifallsgeschrei und Händeklatschen zu begrüßen entschlossen sind. Wir haben derartige Wahlversammlungen häufig genug besucht, um den Hergang derselben lebendig vor Augen zu haben, wir erinnern uns dabei der Versammlung, welche vor einigen Jahren hier in Leipzig von deutschfreisinniger Seite zur Einführung der neuen Partei berufen wurde. Damals verkündete Herr Albert Träger von der Rednerbühne mit erhobener Stimme, daß die deutsche Einheit dem Reichskanzler als reife Frucht in den Schooß gefallen sei, und ein großer Theil der Zuhörer schrie darauf wie auf Commando und klatschte Beifall. Warum? Nicht weil sie von der Wahrheit dessen, was Träger sagte, überzeugt waren, sondern weil das Wort wie ein unvermuthetes starkes Geräusch auf sie wirkte, dem man durch Geräusch aus den Kehlen antworten müsse.

Ganz in derselben Weise hatte Herr Rickert am Montag schweres Geschütz aufgefahren und schoß damit aus Leibeskräften, nicht damit es die Reichstagsabgeordneten hören, sondern damit die deutschfreisinnigen Wähler es im Reichstagsbericht lesen sollten. „Die Arbeit der Commission ist ein nie geahnter Triumph der agrarischen Agitation! Wer hätte vor zehn Jahren geglaubt, daß die nationalliberale Partei, die damals den Zolltarif ablehnte, jetzt ein solches Gesetz annehmen würde? Es handelt sich bei diesem Gesetz gar nicht um die Deckung nothwendiger Bedürfnisse, sondern um die Zuwendung großer Summen an gewisse Privatpersonen! Im Vordergrunde stand der Schutz völlig unberechtigter Interessen der Landwirthschaft! In Preußen wäre eine solche Bevorzugung von Privatpersonen auf Kosten der Uebrigen einfach verfassungswidrig, trotzdem nimmt der preußische Finanzminister daran Theil! Das ist nicht conservativ und nicht freisinnig, das ist staatsgefährlich! Die Parteien sollen nur im Dienste des Vaterlandes stehen, und ich meine nie mehr im Dienste des Vaterlandes gestanden zu haben, als jetzt, da ich Sie bitte, die Vorlage abzulehnen." So sprach Herr Rickert, und das nehmen seine Parteigenossen für baare Münze, vielleicht ohne sich die Mühe zu geben, die Antwort zu lesen, welche der Abgeordnete Miquel darauf gegeben hat, denn Herr Miquel ist ein Nationalliberaler, und was ein Mitglied dieser Partei sagt ist nach Ansicht der meisten Deutschfreisinnigen schon deshalb falsch, weil es dieser Partei angehört.

Wir halten uns aber der Mühe nicht überhoben, die Erwiderung zu lesen und sie auf ihren Werth zu prüfen, nicht weil er nationalliberal ist, sondern um der Sache willen. Miquel erwidert auf die Anklagen Rickert's unter Anderem: „Seit Jahren sind alle Parteien darüber einig, daß der Branntwein besteuert werden soll, ja die Herren von der Fortschrittspartei haben der Regierung den größten Vorwurf daraus gemacht, daß sie den Branntwein nicht bluten lasse. Nun ist die Regierung endlich zu Vorlagen gekommen, eine Vorlage nach der anderen ist gescheitert, schließlich in der Verzweiflung verfiel man auf das Monopol, das scheiterte auch. Jetzt haben wir einen gangbaren Weg, und den sollen wir nicht gehen? Ja, meine Herren, wenn einmal solche finanzielle starke Bedürfnisse vorhanden sind, nahezu 80 Millionen, die nach Befriedigung schreien, deren Nichtbefriedigung ein Element der schwersten Schwächung und Gefährdung des deutschen Reiches ist, wenn das Object gegeben ist und ganz Deutschland sagt: das ist ein gutes Steuerobject, wäre dann nicht die Gefahr vorhanden, daß man schließlich aus Verzweiflung wirklich zum Monopol griffe?

Ich fordere die Herren von der freisinnigen Partei, den Herrn Rickert auf, zu sagen, was er denn nun eigentlich will? Er wird vielleicht antworten: Ich will eine mäßige Steuer ohne die Differenz zwischen dem höheren und geringeren Satze und im Uebrigen freie Concurrenz unter den industriellen und landwirthschaftlichen Brennereien. Legen Sie aber den kleinen Brennereien noch eine bedeutende Consumsteuer auf, verlangen von ihnen eine Umänderung des Betriebes, eine Erhöhung des Betriebscapitals und unterwerfen sie einer strengen Controle, dann werden die großen landwirthschaftlichen Brennereien, die einen gewerblichen Charakter haben, allein als Sieger auf dem Felde bleiben.

Wenn wir heute das Gesetz ablehnen, wird es im nächsten Jahre wieder kommen. Wir werden vor demselben Reichstage stehen, vor denselben großen Interessengegensätzen, vor denselben Verhältnissen zwischen Nord- und Süddeutschland. Es wird in der Situation nichts geändert sein, das Deficit des Reiches wird größer, die Matricularumlagen werden wachsen, die Unzufriedenheit wird in Deutschland steigen, die Verhältnisse immer schwieriger werden. Das Warten haben wir aber schon erlebt. Als wir für die Verfassung des Norddeutschen Bundes stimmten, da hieß es: Reactionaire, ihr gebt die Freiheit preis, wartet wir noch! Ja, hätten wir gewartet, so hätten wir damals überhaupt nicht das deutsche Reich, sondern Militairconventionen bekommen. Im Jahre 1870 war es ebenso, mit den Justizgesetzen genau dasselbe!"

Aus dieser Gegenüberstellung der beiderseitigen Standpuncte des deutschfreisinnigen und des nationalliberalen ist der Unterschied klar erkennbar. Die Freisinnigen, früher die Fortschrittspartei, haben durch ihre Phrasen und Declamationen ohne wirklichen praktischen Inhalt immer nur danach gestrebt, daß praktische Ziele nicht erreicht werden sollen; glücklicherweise aber sind sie mit ihren Bestrebungen beim Wollen stehen geblieben, sonst hätten wir noch heute kein Deutsches Reich, obwohl sie der Meinung sind, daß dasselbe dem Reichskanzler als reife Frucht in den Schooß gefallen sei. Auf dem Wege, den uns die Freisinnigen führen wollen, werden wir auch niemals das Deficit los, und wir kommen immer tiefer in schlechte finanzielle Verhältnisse hinein. Es ist ja unzweifelhaft, daß Steuerermäßigungen angenehmer sind als Steuererhöhungen, aber wir wollten einmal sehen, was die Herren Rickert und Richter anfingen, wenn sie im Ministerium säßen, wenn etwa Herr Richter an der Stelle des Finanzministers v. Scholz stände, ob er dann bessere Finanzen herstellen würde und welche Steuerobjecte er auffinden würde, um die nöthige Ausgaben zu decken. Vielleicht würde er die Reduction des Heeres anrathen, aber dazu würde ihm das Einverständniß der verfassungsmäßigen Gewalt fehlen, und schließlich würde er das Geld auch nehmen müssen, wo er es fände. Das Project der Reichseinkommensteuer ist theoretisch sehr schön, aber praktisch nicht ausführbar, weil die richtige Declaration nicht zu erreichen ist. Wir haben jetzt das indirecte Steuersystem, und das können wir nicht kurzer Hand wieder abstreifen, wir sind genöthigt, uns innerhalb der Verhältnisse, in welchen wir uns befinden, so gut es geht, einzurichten. Enthält die Differenz von 50 zu 70 wirklich eine Ungerechtigkeit, so wird nach drei Jahren ein anderer Satz aufgestellt werden; aber dadurch, daß wir alle Steuervorschläge der verbündeten Regierungen ablehnen, kommen wir nicht weiter, sondern gelangen endlich zu unmöglichen Verhältnissen. Deshalb halten wir es mit Denjenigen, welche die gegebenen Mittel anwenden, unsere Finanzverhältnisse zu verbessern und die Reichsbedürfnisse zu befriedigen, aber nicht mit den Schönrednern und Phrasendreschern. *

Leipzig, 15. Juni 1887.

* Im Reichs-Gesundheitsamte traten am Montag unter Vorsitz des Directors desselben, Geh. Regierungsraths Köhler, Sachverständige zusammen, um über die Frage einer reichsgesetzlichen Regelung des Verkehrs mit Bier zu verhandeln. Falls solche Regelung empfohlen wird, sollen gleichzeitig die Gesichtspuncte besprochen werden, welche bei derselben vom gesundheitlichen und wirthschaftlichen Standpunct in Betracht zu ziehen wären, und zwar in Bezug auf die einzelnen Bestandtheile, Hilfsmittel und Verfahren bei der Herstellung und Aufbewahrung, sowie dem Vertriebe des Bieres. — In Köln hat bereits am Sonnabend eine rheinisch-westphälische Brauerversammlung stattgefunden, um in der Sache Stellung zu nehmen. Wie der „Vossischen Zeitung" gemeldet wird, beschloß dieselbe, beim Reichs-Gesundheitsamt zu beantragen, bei der Bierbereitung nur Gerstenmalz, Hopfen, Hefe und Wasser zuzulassen, alle Surrogate aber auszuschließen, insbesondere Maltose und Salicyl.

* Hinsichtlich einer internationalen Uebereinkunft zur Unterdrückung des Branntweinverkaufs an Nordseefischer auf hoher See hat der Bundesrath beschlossen, zum Abschluß einer internationalen Uebereinkunft auf Grundlage des vorgelegten Entwurfs die Zustimmung zu ertheilen, zugleich jedoch anheim zu stellen, 1) entweder im Artikel 2 Absatz 3 nach „spiritueuses" die Worte: „contre tout objet et notamment" einzuschieben oder in anderer Weise klar zu stellen, daß unter dem Ausdruck „vendre" des Absatzes 1, „acheter" des Absatzes 2 auch alle dem Kaufe ähnliche Geschäfte zu verstehen sind; 2) eine Verabredung dahin zu treffen, daß im Falle der Betheiligung der Fahrzeuge mehrerer Staaten an einer Zuwiderhandlung eine Mittheilung des Sachverhalts und des Ergebnisses der Untersuchung unter den betheiligten Staaten stattzufinden habe.

* Aus Westpreußen sendet man der „Nationalzeitung" folgende Mittheilung des Graudenzer „Geselligen":

* Marienburg, 9. Juni. Zu Ehren des hier vorgestern hier verweilenden Ermländer Bischofs Dr. Thiel war die katholische Kirche auf das Herrlichste geschmückt. Der Bischof, welcher von einer Schaar weißgekleideter Mädchen empfangen wurde, die ihm Blumen auf den Weg streuten, begab sich direct in die Kirche, um daselbst eine Andacht abzuhalten. Am heutigen Tage wurde das Frohnleichnamsfest in wahrhaft prunkvoller Art gefeiert. Nachdem der Bischof in der Kirche den Gottesdienst abgehalten hatte, begann die Procession auf dem Marktplatze, woselbst 4 Altäre errichtet und kunstsinnig ausgeschmückt worden waren. Unter einem prachtvollen Baldachin einherschreitend, trug der Bischof vor sich die Monstranz; ihm zur Seite schritt ein Geistlicher, den Krummstab tragend. Nach Tausenden zählte die Menge, die der Procession beiwohnte. An 700 Personen vollzog der Bischof die Firmung.

Der Einsender bemerkt dazu: „Es ist auffallend, daß ein Bischof seine katholische Residenzstadt verläßt, um an den äußersten Grenzen seiner Diöcese, in einer überwiegend andersgläubigen Stadt die Frohnleichnamsprocession derartig zu feiern. Marienburg hatte nach der Zählung von 1880 unter 9559 nur 3469 katholische Bewohner."

* Gegenüber Angriffen, welche in der für das bisherige elsaß-lothringische Regierungssystem eintretenden Presse auf die Universität Straßburg laut geworden, schreibt das elsaß-lothringische amtliche Blatt:

Die unzweifelhaft richtige Erkenntniß, daß das Deutschthum im Reichslande besonders unter dem heranwachsenden Geschlechte weit weniger Fortschritte gemacht hat, als mancher deutsche Patriot erwartet haben mochte, hat einigen Tagesblättern Anlaß dazu gegeben, die Schuld an dieser Erscheinung unserer Hochschule und deren Lehrkörper zuzuschreiben, als ob sie es gewesen, welche ihre deutsche Mission nicht erfüllt und für die nationale Erziehung der Jugend nicht das geleistet habe, was man bei der Gründung unserer Hochschule sich versprochen hat. Wir wollen uns auf die abfälligen Bemerkungen eines hiesigen Blattes deshalb nicht einlassen, weil sie sich wohl nur als der Ausdruck der Erbitterung hiesiger Kreise über die Auslassungen des einen oder des anderen journalistisch thätigen Professors darstellen. Aber auch mäßiger gehaltenen Vorwürfen oder Vorstellungen gegenüber möchten wir doch darauf hinweisen, daß solche Urtheile den begleitenden Umständen, der ganzen Sachlage, welche die Entwickelung der Dinge beherrschte, zu wenig Rechnung tragen.

In Zeiten der Erregung entzieht sich den Blicken vieler, aber einzelnen an die Oberfläche tretenden unerfreulichen Vorkommnissen, die Schätzung der tiefgreifenden Wirkungen, wie sie vorhanden sein müssen, wenn eine Universität von der Bedeutung der Straßburger ihre Pflicht als Lehranstalt ganz und voll erfüllt hat. Und daß dies geschehen sei, muß anerkannt werden und wird auch von keinem zuständigen Beurtheiler bezweifelt. Es ist unrecht, die nicht unbe-